

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Westarps Rückzugskanonade.

Ein Beschluß, der fast wie Ablehnung ausieht.

Im Auswärtigen Ausschuß gab heute nach einem Bericht Dr. Stresemanns über die in Locarno geführten Verhandlungen Graf Westarp namens der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion folgende Erklärung ab:

„Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion vermag in dem Ergebnis der Verhandlungen von Locarno nicht die Erfüllung der Forderungen zu sehen, die den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes gerecht werden. Die Fraktion vermisst außerdem die Erfüllung der Voraussetzungen für einen Vertragschluß sowie die Gegenleistungen der anderen Beteiligten, die den Deutschland angebotenen Opfern entsprechen. Angesichts dieses Ergebnisses erklärt die deutsch-nationale Reichstagsfraktion schon jetzt, daß sie keinem Vertrag zustimmen wird, der den deutschen Lebensnotwendigkeiten nicht gerecht wird und den Verzicht auf deutsches Land und Volk nicht ausschließt.“

Graf Westarp verlas dann in längerer Rede diese Erklärung mit einem Kommentar, der jedoch wie die übrigen Verhandlungen des Ausschusses unter den Schutz der verfassungsmäßigen Vertraulichkeit fällt, auch wenn er sich im Vergleich zum Wortlaut des Beschlusses wie laue Limonade ausnimmt.

In diesem Zusammenhang interessiert die folgende Wortmeldung, die heute vormittag verbreitet wurde:

Das Reichskabinett hat heute unter Vorsitz des Reichspräsidenten die Besprechungen über das Ergebnis der Ministerzusammenkunft von Locarno zum Abschluß gebracht. Der Reichkanzler und der Reichsaußenminister werden in der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags die Stellungnahme der Reichsregierung vertreten.

Da auch diese „Vertretung der Stellungnahme der Reichsregierung“ im Auswärtigen Ausschuß unter die verfassungsmäßige Vertraulichkeit fällt, so bleibt dem deutschen Leser Zeit, das Kreuzworträtsel zu raten:

1. Wie ist eigentlich die „Stellungnahme“ des Reichskabinetts?
 2. Haben Schiele, Schlieben, Neuhaus, Ranig den „Geist von Locarno“ in sich aufgenommen?
 3. Haben sie den Abmachungen zugestimmt oder haben sie abgelehnt?
 4. War dem Reichskabinett der nächste Beschluß der Deutschnationalen bekannt, der fast wie eine Ablehnung ausieht?
 5. Waren Schiele, Schlieben, Neuhaus, Ranig von diesem Beschluß informiert?
- Wann kann diese Fragen nach Belieben fortsetzen.

Das eine nur scheint festzustehen: Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion hat einen Beschluß gefaßt, der fast so aussieht, als wollten sie das ganze Werk von Locarno zum Falle bringen. Aber sie sind doch nur „Schneek der Schreiner in eines Löwen Fell“. Sie feuern nur, um ihren Umfall zu verdecken, tatsächlich sind sie bereits auf halbem Wege nach Kanossa. Sie werden auch den ganzen Weg zurücklegen und durch Annahme der „paraphierten“ Entwürfe den verklausulierten freiwilligen und endgültigen „Verzicht auf deutsches Land und Volk“, nämlich auf Elsaß-Lothringen und Eupen-Malmedy aussprechen.

Man muß ihnen nur Zeit lassen, damit sie nach Kanossa finden!

Im übrigen glauben wir zu wissen, daß der Auftrag an Luther und Stresemann, die „Stellungnahme der Reichsregierung“ zu vertreten, vom Kabinett einstimmig gefaßt ist und daß auch die deutsch-nationalen Minister diesen Auftrag erteilt haben. Da diese Stellungnahme nichts anderes als Zustimmung bedeuten kann, wenn anders nicht das ganze Kabinett aufstehen sollte, so ist die Folgerung gegeben, daß die erwähnten deutsch-nationalen Minister auch dem Gesamtwerk von Locarno zugestimmt haben. Daß man die Veröffentlichung dieses wichtigen Beschlusses hinauschiebt, ist eine der üblichen „taktischen“ Winkelzüge, die niemand mehr täuschen können. Auch nicht, wenn darauf hingewiesen wird, daß man die „Rückwirkungen“ noch als „Voraussetzungen“ ansehe.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages trat heute unter Vorsitz des Abg. Hergt (Dnat.) zusammen, um die politische Lage zu beraten, die durch die Verhandlungen von Locarno geschaffen worden ist.

Das Reichskabinett war vertreten durch Reichkanzler Dr. Luther, sowie durch die Reichsminister Dr. Stresemann, Schiele, Brauns, v. Schlieben, Graf Ranig, Neuhaus und Frentzen.

Zunächst gab Reichsaußenminister Dr. Stresemann eine ausführliche Darstellung der in Locarno erreichten Resultate.

Die Diskussion wurde alsdann durch den Redner der Deutschnationalen Volkspartei, Abg. Graf Westarp, eröffnet. Am Eingang seiner Ausführungen verlas Graf Westarp die Fraktionserklärung, die an anderer Stelle veröffentlicht ist. Für die Sozialdemokratie sprach Genosse Breitscheid.

Da der Friedensvertrag Bulgarien keine Truppenmobilisation gestattet, wird die Regierung gleichzeitig einen dringenden Appell an die Alliierten richten, mit der Bitte, Bulgarien zu gestatten, daß es die notwendigen Streitkräfte für den Schutz seines Gebietes mobil mache.

Der griechische Einmarsch steht erst bevor.

Athen, 22. Oktober. (W.Z.) Die Blätter veröffentlichten eine Erklärung der Militärbehörde, daß heute griechische Truppen in bulgarisches Gebiet einmarschieren werden, um Petroschen zu besetzen. Sie werden es okkupiert halten, bis Bulgarien völlige Genugtuung für den letzten Zwischenfall geleistet hat.

Opfer an Blut und Geld.

Die Kosten Marokkos und Syriens.

Paris, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der Finanzkommission der Kammer bezifferte Painlevé am Mittwoch die französischen Verluste in Marokko in der Zeit vom Beginn der Operationen im Frühjahr bis zum 1. August auf 1285 Tote, davon 8 Offiziere und 300 Mann der französischen Armee und auf 5306 Verwundete, davon 106 Offiziere und 1330 weiße Mannschaften. Vom 1. August bis 15. Oktober belief sich die Zahl der Toten auf 891, davon 31 Offiziere und 293 weiße Mannschaften, die Zahl der Verwundeten auf 2991. Die Gesamtverluste in Syrien bis zum 30. September wurden von Painlevé mit 585 Toten und 6041 Verwundeten angegeben.

Die durch die militärischen Operationen verursachten Ausgaben wurden von ihm auf 750 Millionen für Marokko und auf 169 Millionen für Syrien veranschlagt.

Die Effektstärke der französischen Truppen in Marokko gab Painlevé mit 158 000 Mann, in Syrien mit 25 800 Mann an.

Eine englische Kritik.

London, 22. Oktober. (W.Z.) Der Vertreter der „Times“ in Tanger schreibt: Den französischen und spanischen Truppen in Marokko stehe ein sehr schwieriger Winter bevor. Die optimistische Auffassung in der Presse beider Länder sei verfrüht. Das Verhalten der spanischen Fremdenlegation nach Befreiung von Subia Tahir am 13. September habe die Unterwerfung der Dscheballa-Stämme, die vor diesem Zwischenfall zu erwarten war, verhindert. Zahlreiche Dscheballa- und Rifstämme hätten Abd el Krim aufgefordert, Rahe an den französischen und spanischen Gefangenen zu nehmen, er habe dies aber entschieden abgelehnt. In den Händen Abd el Krims befänden sich gegenwärtig über 900 spanische und wahrscheinlich 600 französische Gefangene.

Deutschnationaler Kanossa-Gang

Die unerfüllten „Voraussetzungen“.

Von Victor Schiff.

Es ist sehr bedauerlich, daß Herr Martin Schiele, deutsch-nationaler Verbindungsmann im Reichskabinett, nicht Mitglied der deutschen Delegation in Locarno gewesen ist. Denn Herr Martin Schiele hätte — eine gleiche Begabung wie die Luthers und Stresemanns vorausgesetzt — von der ersten bis zur letzten Stunde genau das gleiche getan wie der Reichkanzler und der Reichsaußenminister. Auch er hätte sich beim Händedruck mit Briand freundlich lächelnd fotografieren lassen; auch er hätte den Begriff „Kriegsschuldfrage“ sorgfältig vernieden; auch er hätte in jener offeneren Stimmung auf der „Orangenblüte“ den französischen und englischen Auslungspartnern sein Herz ausgeschüttet und feststellend festgestellt, wie schwer es sei, vernünftige Friedenspolitik zu treiben im Rahmen einer Regierung, die sich vornehmlich auf das Vertrauen deutsch-nationaler Wirtstöpfe stütze; auch er hätte beim Pressebankett nach dem Trinkspruch Chamberlains mit dem „Erbfeind“ Briand angestoßen; auch er hätte sich nach der Paraphierung neben Briand am Fenster des Konferenzsaales gezeigt und für die Ovationen mit zufriedenen Lächeln bedankt.

Herr Martin Schiele ist leider zu Hause geblieben. Und doch kann er sich diesmal nicht mehr, wie einst im Rai, in vertraulichen Briefen darauf berufen, daß er nicht gewußt habe, was in Locarno vor sich ging. Der Staatssekretär Kempner hat den in Berlin zurückgebliebenen Mitgliedern des Reichskabinetts, sowie dem Reichspräsidenten Hindenburg, noch rechtzeitig Bericht erstattet und hat nach Locarno das Einverständnis der deutsch-nationalen Regierungsmitglieder mit der Paraphierung zurückgebracht. Zu dieser Stunde ließ sich bereits klar überblicken, was von der deutschen Delegation erreicht werden würde und was nicht. Die Namen und Paraphen der Herren Luther und Stresemann mögen zwar in völkerrechtlichem Sinne einstweilen nur ihre Personen binden, in politischem und moralischem Sinne binden sie auch die gesamte Reichsregierung einschließlich ihrer stärksten Stütze, der Deutschnationalen Partei.

Sicher ist, daß die in Berlin zurückgebliebenen Minister dem Staatssekretär Kempner einige neue „Voraussetzungen“ mit auf den Weg gegeben haben. Man erinnert sich, daß der Staatssekretär am Donnerstag nachmittag in Locarno wieder eintraf, daß eine Stunde später Luther, Stresemann und Schuberth bei Briand und Chamberlain erschienen, daß sie länger als drei Stunden bei ihnen verblieben und daß dann vorübergehend eine Krisenstimmung herrschte, wie noch nie seit Beginn der Konferenz. Man erfuhr, daß die deutschen Delegierten in dieser mehrstündigen Unterredung ganz neue Wünsche vorgetragen hatten, über die besonders Chamberlain außer sich war, weil sie ganz aus dem Rahmen der Konferenz herausfielen. Was war vorgefallen? Nur die eine negative Auskunft wurde von allen Beteiligten erteilt: Die naheliegende Vermutung, daß die deutschen Delegierten einen Vorstoß in der Kriegsschuldfrage unternommen hätten, wurde entschieden verneint. Gleichviel, am Freitag mittag war von den neuen Wünschen nicht mehr die Rede. Der Weg zur Unterzeichnung der Verträge von Locarno war endgültig frei.

Der chiffrierte Telegrammwechsel, der in jener Nacht zwischen dem Hotel Eplonade und der Wilhelmstraße erfolgte, dürfte zu den interessantesten Dokumenten der letzten Jahre gehören. Haben Luther und Stresemann mit ihrem Rücktritt gedroht, falls man sich weiter erlauben würde, ihnen ins Handwerk zu pfeifen? Haben Schiele, Ranig, Schlieben und Neuhaus schließlich kapituliert?

Es ist, wie gesagt, sehr schade, daß nicht auch Herr Schiele in Locarno war. Sonst hätte auch er die Berliner Besserwisser zum Tuschel gewünscht.

Als alles vorbei war, hat die Telegraphen-Union eine mervwürdige Meldung veröffentlicht, wonach die deutsche Delegation in Locarno einen erfolgreichen Vorstoß in der Kriegsschuldfrage unternommen und damit auf die Alliierten den stärksten Eindruck gemacht hätte. Die deutsch-nationale Provinzpresse, die krampfhaft nach Gründen und Vorwänden sucht, um ihren Feiern die endgültige Zustimmung zu den Locarno-Verträgen schmackhafter zu machen, hat diese Meldung in großer Aufmachung veröffentlicht. Dankenswert wäre eine Auskunft darüber, wann, wo, in welcher Form und mit welchen Worten dieser angebliche Vorstoß erfolgt ist. Der Eindruck dieses Vorstoßes muß in der Tat ungeheuer groß gewesen sein; die alliierten Staatsmänner waren dermaßen betäubt, daß sie nichts davon merkten.

Was ist aus den sonstigen deutsch-nationalen „Voraussetzungen“ geworden? Die Antwort darauf ist sehr einfach: Ebenso wenig wie aus dem geforderten Widerruf der Kriegsschuldfrage. Der Artikel 16 des Völkerbundsstatuts ist weder abgeschafft noch abgeändert worden. Wohl haben sich die Verhandlungspartner zu einer Erklärung herbeigelassen, wonach sie den Artikel 16 dahin auslegen, daß man der militärischen und geographischen Lage eines jeden Völkerbundsstaates bei gemeinsam beschlossenen Aktionen Rechnung tragen müsse. Um das zu erreichen, war es aber wirklich nicht nötig, nach Locarno zu fahren und tagelang zu kämpfen. Denn in ihrer Antwort an das Memorandum der Regierung Marz im Herbst 1924 hatten die im Rai vertretenen Mächte diese Auffassung bereits deutlich zum Ausdruck gebracht. Was die Deutschnationalen von der deutschen Delegation erwarteten, ging aber weit darüber hinaus. Und leider haben die Deutschen

Die Justizdebatten im Landtag.

Vor der Abstimmung über den Antrag gegen Severing.

In der heutigen Sitzung des Landtages wurde zuerst die allgemeine Aussprache zum Justizhaushalt fortgesetzt. Das Haus schloß sich dem Antrag des Ausschusses an, wonach eine Eingabe in der Rechtsache Heinrich Eisel in Hirschberg i. Schl. in der um Begründung des Verurteilten gebeten wird, dem Staatsministerium zur Berücksichtigung zu überweisen sei.

Abg. Falk (Dem.) gab dem Gefühl in weiteren Kreisen der Bevölkerung darüber Ausdruck, daß die Justizbehörden nicht immer mit gleichem Maße messen. Niemand könne dem Richter oder dem Staatsanwalt wehren, zu den großen Fragen der Politik Stellung zu nehmen. Am Richterisch, im Beratungszimmer und im Amtszimmer müsse aber die Parteipolitik schweigen.

Die Abstimmung über den Haushalt des Ministeriums des Innern dürfte erst am Nachmittag vorgenommen werden.

Zwei Abrüstungskonferenzen?

Das diplomatische Ringen um die Initiative.

London, 22. Oktober. (W.Z.) Der Berichterstatter der „Morning Post“ meldet aus Washington, die Haltung des Präsidenten Coolidge in der Frage einer neuen Abrüstungskonferenz werde vom diplomatischen Korps nicht völlig verstanden. Sofort nach der Vereinbarung von Locarno habe Coolidge bekannt gegeben, er hoffe noch immer, daß eine Konferenz in Washington abgehalten werde, und jetzt habe er durch einen amtlichen Vortragsführer mitteilen lassen, daß vielleicht zwei Konferenzen notwendig seien, und zwar eine in Europa über die Frage der Abrüstung der Landheere und eine in Washington über die der Seestreitkräfte. In diplomatischen Kreisen werde dieser Vorschlag unangenehm empfunden. Die Sachverständigen erklärten, wenn eine Abrüstungskonferenz abgehalten werden sollte, so könnten die militärischen und die maritimen Probleme als Gesamtheit betrachtet werden, zumal die Luftstreitkräfte sowohl bei dem Landheer als der Flotte vorhanden seien. Auf diese Weise würde Zeit gespart und Verwirrung vermieden, die sonst unvermeidlich sei.

Bulgarien ruft den Völkerbund an.

Es bittet die Alliierten, Truppen mobilisieren zu dürfen.

Sofia, 21. Oktober. (E.Z.) In der Angelegenheit des griechisch-bulgarischen Konfliktes trat der Ministerrat gestern vormittag zu einer dringlichen Sitzung zusammen, um die Lage zu prüfen und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Der Ministerrat beschloß, unverzüglich einen Protest an den Völkerbund unter Berufung auf Artikel 10 der Völkerbundscharten zu richten.

Delegierten in diesem Falle den ebenso ernsthaften wie aus-
sichtslosen Versuch unternommen, ihre These durchzusetzen.
Diese These ging auf nichts weniger hinaus, als auf die
Lushöhling des Grundprinzips des Völkerbundes.
Die Grundidee des Völkerbundes war nämlich die
Bildung eines Bundes aller Nationen zur gemeinsamen
Front gegen etwaige Friedensstörer. Wenn
aber ein Staat von vornherein solche Vorbehalte macht, daß
er sich weder zu militärischen noch zu wirtschaftlichen Sanktionen
verpflichten will, dann ist seine Mitgliedschaft in der Tat für
den Ernstfall ganz wertlos, vielmehr ist damit ein Präzedenz-
fall geschaffen, der die ganze Idee des Völkerbundes illusorisch
macht. Freilich: so lange die militärische Ungleichheit zwischen
Deutschland und seinen Nachbarn bestehen wird, so lange wird
auch eine besondere Berücksichtigung dieser Lage notwendig
sein. Wenn aber die Regierung Luther-Stresemann die von
den Alliierten abgegebene Erklärung als besonderen Erfolg
ihrer Tätigkeit in Locarno hinstellen will, so bedarf diese
Behauptung einer Richtigstellung: dieser Erfolg ist bereits
durch einen einfachen Notenwechsel vor Jahresfrist von
der Regierung Marx erzielt worden.

Nicht anders steht es mit der Räumung der Kölner
Zone. Wenn auch nicht schriftlich festgelegt, so ist doch
dieser Teil der Rückwirkungen in so feierlicher und unzwei-
deutiger Form zugesagt worden, daß ein Zweifel an der
Räumung Kölns nicht mehr möglich ist. Darf das aber als
ein besonderer Erfolg der Konferenz von Locarno gelten?
Um das zu erreichen, brauchte man weder nach Locarno fahren,
noch einen Sicherheitspakt abschließen. Da genügt es, sich
über die Entwaffnungsnote zu verständigen. Von
den 101 Forderungen dieser Note sind von der Rechtsregierung
bereits 80 freiwillig erfüllt worden; die noch fehlenden Punkte
bilden den Gegenstand von Verhandlungen, die auch
ohne Sicherheitspakt zum Abschluß gekommen wären. Noch
einfacher wäre es allerdings gewesen, die früheren Ent-
waffnungsforderungen der Entente zu erfüllen und den ebenso
findischen wie zweifelsamen Versuch zu unterlassen, durch schwarze
Reichswehr und vergrabene Pateten die Erfüllungspolitik
früherer Regierungen zu durchkreuzen. Diejenigen, die diese
Spielereien gefördert und betrieben haben, sind die eigentlichen
Schuldigen an der Weiterbefehung der Kölner Zone. Jetzt
hat die Rechtsregierung die verstärkten Forderungen der
Entente nicht nur erfüllt, sondern obendrein einen Sicher-
heitspakt abgeschlossen. Und all das, um die Räumung Kölns
zu erzielen, die man bei normaler Erfüllung der Entwaffnungs-
klauseln längst erreicht hätte?

Ueber die sonstigen „Rückwirkungen“, wie sie die Deutsch-
nationalen gebieterisch fordern, ist nichts juristisch
Bindendes, nichts Schriftliches erzielt worden.

Der Sicherheitspakt ist nicht befristet und nur unter
ganz hypothetischen Umständen kündbar, der Verzicht auf
Ellaß-Votierungen, den Deutschland freiwillig aus-
spricht. Und wie steht es mit den östlichen Schiedsgerichts-
verträgen? Sie lassen zwar Deutschland die theoretische Mög-
lichkeit offen, sich später auf rein friedlichem Wege mit Polen
über eine Grenzveränderung zu verständigen — kein Mensch
wird aber diese Möglichkeit in ihrer praktischen Bedeutung
überschätzen. Die Militärabündnisse zwischen Frank-
reich und Polen bzw. der Tschechoslowakei bleiben be-
stehen und werden durch die in Locarno abgegebenen Er-
klärungen eher unterstrichen als abgeschwächt.

Vom deutschnationalen Standpunkt aus ist also die Bilanz
nicht glänzend. Und doch zweifelt wohl kein Mensch daran,
daß die Deutschnationalen diesem Ergebnis ihre Zustimmung
geben werden. Ein schlimmeres Kanossa hat es für eine
politische Partei noch nicht gegeben. Auch wenn heute ein Teil
der Deutschnationalen dagegen rebelliert, so ist es jetzt viel zu
spät. Ganz abgesehen davon, daß sie seit neun Monaten als
stärkste Koalitionspartei jene Politik gebilligt haben, von der
sie wußten, daß sie nach Locarno-Kanossa führen
würde, so haben sie außerdem in der entscheidenden Stunde
dem Reichskanzler Luther, ihrem Vertrauensmann, und dem

Reichsaußenminister die Ermächtigung zur Paraphierung der
Verträge von Locarno gegeben.

Man mag sich nun darüber wundern, daß wir Sozial-
demokraten, die wir dem nackten Ergebnis von Locarno
kritisch gegenüberstehen, die dort zustande gekommenen Ver-
träge begrüßen. Nun, wir begrüßen das Werk von Locarno
in der Tat als den Beginn einer neuen Ära des
Friedens. Wir Sozialdemokraten, denen es mindestens ebenso
sehr auf die „Rückwirkungen“ ankommt, wie den Deutsch-
nationalen, wir sind mit dem Ergebnis von Locarno deshalb
zufrieden, weil wir in die Erfüllung der dort abgegebenen
Versprechungen Briands, Vanderveldes und Chamberlains
Vertrauen haben. Vor allem aber begrüßen wir
Locarno als den Kanossengang der Deutschnationalen.
Denn die Katastrophe der deutschnationalen Ideologie,
so erfreulich sie uns aus innerpolitischen Gründen sein mag, ist
uns aus außenpolitischen Gründen noch tausendmal wichtiger.
Der Weg zum wahren Frieden, wie wir ihn erstreben und
wofür wir seit 1919, leider oft vergebens, gekämpft haben,
konnte nur über den Kadaver deutschnationaler Revanche-
parolen führen. Der schwarzweihrote Inflationsdrachen
schwimmt verendet im Lago Maggiore. Dafür, daß Luther und
Stresemann ihm den Todesstoß versetzt haben, schulden ihnen
alle Völker Europas Dank. Es ist wirklich schade, daß Herr
Martin Schiele nicht mit von der Partie war!

Der Stand der Entwaffnungsfrage.

„Befriedigende Maßnahmen Deutschlands.“

Paris, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Zur Prüfung des
Berichts der Militärkontrollkommission über den
Stand der deutschen Entwaffnungskommission hat am Mittwoch-
nachmittag unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten
Painlevé eine Konferenz im Kriegsministerium statt-
gefunden, an der unter anderem der Außenminister Briand,
der Vorsitzende der Rheinlandkommission Tirard, der Chef des
Generalstabs General Debenedy und der Kommandeur der
Rheinarmee General Guillaumat teilgenommen haben. Eine amt-
liche Meldung besagt, daß man in der Sitzung zu der Feststellung
gekommen sei, daß von Deutschland in einer Reihe von Punkten und
namentlich in bezug auf die Zerstörung von Kriegsmaterial befrie-
digende Maßnahmen ergriffen worden seien.

Trotha und der „Vorwärts“.

Besuch beim „Vorwärts“ wegen der Offizierschre!

Am vierten Tage des Dolchstoßprozesses führte Amts-
gerichtsdirektor Frank die Verhandlungen mit einer kurzen Frage
an den Zeugen Vizemir v. Trotha ein. Der Vorsitzende
fragte den Zeugen, ob die Behauptungen einiger Zeitungen richtig
seien, daß er im Oktober 1918 in der Redaktion des „Vorwärts“ ge-
wesen sei und dort erklärt habe, daß eine entscheidende Schlacht zur
See nicht beabsichtigt gewesen sei, es habe sich lediglich um eine
Deckung des rechten Flügels des Landheeres in Belgien gehandelt.

Vizemir v. Trotha erklärte hierauf: Während meines Auf-
enthalts in Berlin in den Oktobertagen machte Kapitän Brün-
ghaus, der seinerzeit die Presseangelegenheiten bearbeitete, auf die
Artikel aufmerksam, die in einer linksstehenden Zeitung erschienen
waren und die eine ungeheure Hege gegen das Offizierskorps propa-
gierten, von dem Gedanken ausgehend, daß die Flotte nur für
die Offizierschre da sei. Es sei beabsichtigt, die Flotte in
Sinn- und planlos Weise zu vernichten. Kapitän Brünghaus
sagte zu mir: „Ich werde nun in die Redaktion des „Vorwärts“
gehen, um diesen Treibereien entgegenzutreten, die zu einem
großen Unglück führen können. Kommen Sie mit, um unserer
Offizierschre gerecht zu werden.“ Dazu habe ich mich dann bereit
erklärt. Am Abend habe ich dann Redakteur Ruttner getroffen.
Ich legte ihm die Grundzüge und den Zweck der geplanten Flotten-
aktion im Herbst 1918 auseinander. Als Ruttner mich fragte, ob
eine Entscheidungsschlacht erzwungen werden soll, habe ich geant-
wortet: „Wenn aus dem Vorlauf eine Entscheidungsschlacht
werden sollte, so hänge das von der Entwicklung der Kampf-
handlung ab.“ Jedenfalls bin ich der Auffassung von einer geplanten
sinnlosen und planlosen Kampfhandlung entgegengetreten.

Rechtsanwalt Hirschberg fragte darauf den Zeugen, ob er sich
erinnern könne, daß er zu dem Redakteur Ruttner gesagt habe, es

habe sich keineswegs darum gehandelt, sich auf eine große Kampf-
handlung mit England einzulassen.

Admiral Trotha: Die Worte sind mir nicht mehr ge-
wärtig. Ich habe damals Herrn Ruttner klar machen wollen, daß
es sich um eine Kampfhandlung drehe, die entsprechend der außer-
ordentlich vorsichtigen Vorbereitung den Anspruch darauf haben
könne, das Ende des Krieges für Deutschland günstig zu beeinflussen.

Darauf wird Landgerichtsrat Dr. Dobring als Zeuge über
die Vorgänge, die zur Marinemeuterei im Jahre 1917 führten, ver-
nommen. Vor dessen Vereidigung erklärt Rechtsanwalt Dr. Hirsch-
berg, daß von seiner Seite niemals bestritten worden sei, daß im
Sommer 1917 eine Marinemeuterei stattgefunden habe. Wenn die
Gegenpartei trotzdem darauf bestünde, daß die Marinemeuterei in ihren
Einzelheiten eingehend erörtert wird, so bitte er, eine gewisse Kürze
wahren zu lassen.

Nach seiner Vereidigung sagte Landgerichtsrat Dr. Dobring
unter anderem aus: Ich war im Jahre 1917 als Untersuchungsrichter
beim vierten Geschwader tätig. Um von vornherein die Objektivität
meiner Aussage festzustellen, möchte ich erklären, daß ich während
meiner Untersuchungszeitigkeit beim vierten Geschwader auch nicht
einen einzigen Anhänger der Sozialdemokratie getroffen habe, der
sich für die Vorbereitung der Meuterei eingesetzt hat. Im Gegenteil
ist von den führenden Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei
verschiedentlich in schärfer Form der Abkehr gegen die beabsichtigte
Meuterei zum Ausdruck gebracht worden.

Deinlich.

Die „Deutsche Tageszeitung“ wußt sich aus Halle über
Gehaltsaufbesserungen der dortigen Magistratsmitglieder berichten.
So hat u. a. der Magistrat in geheimer Sitzung beschlossen, das Ge-
halt des Herrn Oberbürgermeisters von 21 000 auf 28 000
Mark zu erhöhen. Die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt dazu: „Bei
der wirtschaftlichen Not unserer Zeit dürfte die Höhe dieser Gehalts-
aufbesserung mit Recht einige Verwunderung auslösen.
das deutschnationale Blatt hat nur vergessen, eine nicht unwichtige und
immerhin interessante Tatsache hinzuzufügen. Wir wollen sie des-
halb nachholen. Der verdienstvolle Oberbürgermeister der Stadt
Halle ist Herr Dr. Rine. Er ist Mitglied der Deutsch-
nationalen Volkspartei. In diesem Sinne ist die Auf-
forderung der „Deutschen Tageszeitung“ zu sparsamer Kommunal-
wirtschaft ganz besonders aktuell und zeitgemäß.“

Wahlen in Baden.

Karlsruhe, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Wahl-
bewegung in Baden ist auf ihrem Höhepunkt angelangt. Vor der
Wahl am Sonntag sprechen noch die drei ehemaligen Reichstänzer
Scheidemann, Marx und Stresemann. Für die Sozial-
demokratie werben an führenden Genossen Hermann Müller,
Crispien, Robert Schmidt, Schilde, Reil und Auer, so-
wie zahlreiche württembergische und bayerische Landtagsabgeordnete.
Die Wahlbewegung bei den bürgerlichen Parteien und auch bei den
Kommunisten ist schwach. Zum Abschluß veranstalten die Sozial-
demokraten am Sonnabend nicht weniger als 600 Versammlungen.

Matte Börse.

Die heutige Börse war anfangs widerstandsfähiger, wurde
aber auf eine ganze Anzahl von unbestätigten Gerüchten hin auf
die Dividendenlosigkeit verschiedener Gesellschaften und auf die hin-
ausgezögerte Trustbildung verstimmt und einheitlich matter. Es
sahen zahlreiche Abgaben statt, man weiß nicht, ob sie Realisationen
aus Vermögenswerten heraus oder Geldbeschaffungen für den Kaha-
kongress sind. Eine Ausnahme machten die Auslandswerte, die auf
Börser Anregung hin durchweg fester tendierten, so alle Russen,
Türken und Ungarn. Von Montanaktien namentlich die Papiere
der Rhein-Elbe-Union schwächer, auch Laura- und Oberbedarf stark
mindernd, Kalkaktien matt, Farben verlieren bis zu zwei Prozent.
Elektroaktien bis 1 1/2 Proz. Von den variablen Montanaktien macht
die Befestigung von Schießpulver, Berlin-Karlsruher, Ludwig Löwe,
Deutsche Kabel, nachgebend. Schiffsahrtaktien einheitlich schwach.
Auch der Rentenmarkt neigt nach unten. Kriegsanleihe 0,227 1/2
und Schatzgebiet 5,90. Bankaktien nicht einheitlich. Der Geldmarkt
zeigt zwar unveränderte Lage, aber ziemlich starke Nachfrage.

Gerrit Engelke.

Von Walter Gajch.

Es sind gerade sieben Jahre her, daß der Tod des Dichters und
Arbeiter Gerrit Engelke noch kurz vor Waffenstillstand in das
Massengrab von Vindern warf. Sechszwanzigjährig verstarb er
in den Oktobertagen 1918 im 24. General-Hospital bei Cambrai an
den Folgen einer schweren Verwundung. Das ist alles, was man
weiß. Kein Kreuz, kein Stein erinnert uns an seinen Ruheplatz:
ungenannt und nur eingereiht in das Grab der vielen namenlosen
Helden liegt er in Frankreichs Erde. Keine Blume und kein Gesang
soll über seinen Leib — vielleicht begegnet ihm der Pflug einmal.

In Hannover ward Engelke geboren. Dualm und die Maschinen,
Fabriken aus Stein und Stahl, der saßle Geruch des Asphalt — die
Luft schmeckte wie Metall — das war die Großstadt. Als ein Kind
der Arbeit kam er zu einem Malermeister in die Lehre. Schon
während dieser Zeit wuchs das innere Gesicht. Erst in den Zeich-
nungen der Abendsschule, dann schrieb er seine ersten Dichtungen.
Wenige Freunde umgaben ihn. Am tiefergebensten wohl August
Deppe und der Däne Gulbrandson. Später Heinrich Versch, der
„Mensch im Eisen“ und der wädrere Deutsche und Dichter Jakob
Kneip. Und eine kleine liebesfromme Frau. Vor allem aber die
größten der Geister, die niemals sterben: Goethe und Homer, Dante
und Whitman, Beethoven und der Schweizer Hobler.

Als Engelke 1914 dängen aber gläubigen Herzens mit einem
Bündel Gedichte zu Richard Dehmel lief, da sollte dessen herzliches
Ja der Eintritt in das große kunstschaffende Leben sein. Die Wert-
leute auf Haus und Land, eine Gemeinschaft von Künstlern, Technikern
und Arbeitsteilern, die alle die Gegenwart als das Kraft- und Werk-
feld ungeheuren Lebens grünten, wurden ihm ein Kreis, der seine
schöpferische Konfession zu Kunst und Welt bestimmen sollte. Die
Zeitschrift dieser Gemeinde zeigte seine ersten Dichtungen. Ein
Sommer bei Jakob Kneip, dann fuhr er nach Norden — in Däne-
mark, dem Lande des „Niels Lyhne“, überraschte ihn der Krieg.
Damals schrieb er an einen Freund: „Ich kam aus Dänemark nur,
um meine Pflicht zu tun — jetzt wünsche ich, daß ich diese Pflicht mit
Freude tun werde.“ Dieser Brief enthält auch das Bekenntnis der
damaligen vaterländischen und proletarischen Jugend: „Vorläufig
bin ich noch immer unklar und unbestimmt im Innern, und es ist
leider nicht sehr viel, was aus mir in dieser bewegten Zeit ein-
schwingt. Mein Gefühl sträubt sich noch immer instintiv gegen den
Krieg. Nord ist Nord. Wäre nicht das Eine, daß wir aus Notwehr
handeln — ich würde alles rundheraus abgelehnt haben und wäre
geblieben, wo der Pfeffer wächst. Nur dies eine: Kein Volk hoßt das
andere — nur gewissenlose Spekulanten, die die Macht in Händen
haben, managen den Krieg! So auch jetzt. Aber schließlich sind
auch sie, sind alle Spießhüben, nicht Handelnde aus eigenem Willen —
sondern tun nur, was sie wollen. Kein Mensch macht einen solchen

Krieg — es ist immer die tiefsige, unsichtbare Hand des Schicksals, des
Gottes, der Himmel und Allgewalt, oder wie man es sonst nennen
will.“ So schrieb er am 18. November 1914 — genau vier Jahre
später wurde er ein Opfer dieser Allgewalt.

Es hieß, die Geschichte der modernen europäischen Dichtung
schreiben, die eine Geschichte eines europäischen Industrie- und
Arbeitsmühs werden würde, wollte man Engelke werten. Er
mühte einen besonderen Platz erhalten. Man wird sicher noch
Georg Kaiser, Heinrich Versch (vor allem diesen), Baquet, Winkler
und Verhaeren zu nennen haben — dem jungen Tüchergesellen aus
Hannover entwuchs aber am ursprünglichsten der Rhythmus
unserer Zeit.

Es ist der „Rhythmus des neuen Europas“. Er ist
aber nicht nur ein Buch (Verlag Eugen Diederichs, Jena), sondern
eine Färbung. Der Jugend wird demnach eine kleine Schrift in die
Hand gegeben werden, die eine Auswahl Engelkescher Gedichte,
Briefe und Tagebuchblätter enthält („Gesang der Welt“); den
Frauen und Männern erscheint in diesen Tagen im Orplid-Verlag,
Köln, der gesammelte Nachlaß: Briefe und Blätter. Seien
wir Dankende und Verbündete dieses großen und menschlichen
Herzens, dieses gläubigen, Liebenden und sprachgewaltigen Dichters
der heutigen und der kommenden Generation!

Eine Zeitschrift für die neue russische Literatur beginnt soeben
im Verlag von I. Ladyschnitow als „Russische Rundschau“
zu erscheinen. Sie will in monatlichen Heften ein Bild des neuen
Russlands im Spiegel der Literatur geben und Brücken bauen
zwischen deutschem und russischem Geiste. Das erste Heft bringt
eine größere Erzählung Gorkis, literarische Beiträge von Igo
Grenberg, Lidin, Leonow, Gedichte sowie Glossen über
Literatur, Schauspielwesen u. a. Arthur Luther bespricht die
russische Literatur in Deutschland.

Die Frage der Geburtskontrolle in England. Seitdem der Lord-
kanzler, die offiziellen Führer der englischen Katholiken und die hohe
Geistlichkeit der Kirche von England über Geburtskontrolle und ihre
Probleme sich öffentlich äußern, um nicht zu sagen: streiten, ist dieses
Thema in alle Kreise gedrungen. Da auch England unter der all-
gemeinen Not und Verarmung der Nachkriegszeit in den Mittel-
und Arbeiterklassen leidet, so ist die künstliche Verhinderung von
unerwünschtem Familienzuwachs in Gedanken und Gesprächen selbst
der prädestinierten Väter zu finden. Die Society, d. h. die hohe Gesell-
schaft von England, wußte ohnedies von jeher gut Bescheid auf
diesem Gebiete, und ihre nahe Verbindung mit Paris machte in
modernen und mondänen Kreisen der britischen Inseln das Zwei-
Kinder-System längst üblich. Trotzdem ist es auch in diesen Schichten
leht Mode, über dieses Thema gewissermaßen aus sozialen Gefühlen
zu diskutieren und sich von Hochgelehrten etwa zu einem Fünfuhrtree
einen kleinen Spezialvortrag halten zu lassen, der dazu angetan ist,
ohne moralische Bedenken darüber zu reden. Obgleich in alten soliden
englischen Familien das Heim mit vielen Kindern als höchster Le-
benszweck angesehen wird, bringen vor allem Heiraten mit Aus-
länderinnen, die unter keinen Umständen Kinder gebären wollen,

es mit sich, daß die Adoption von Babys allgemein wird und ein
hervorragender funktionierender Markt von „Qualitätsbabys“ im
Gange ist. Die Auffklärung der einfachen Schichten über Geburts-
kontrolle wird aber von allen Kreisen mehr und mehr befürwortet;
es fragt sich nur, wer denn die Babys für die oberen Zehntausend
liefern soll.

Der Schulzwang in Sowjetrußland. Die russische Regierung hat
einen Befehlswort genehmigt, der den allgemeinen Schulzwang in
Sowjetrußland einführt. Danach soll jetzt für alle Kinder von
8 bis 11 Jahren der Besuch der sogenannten Arbeiterkate unent-
geltlich und obligatorisch sein. Uebrigens ist auch heute schon das
allgemeine Niveau der Volksbildung in Rußland höher als in der
Zarenzeit, wo sie nur für die Kinder der sogenannten „besseren
Stände“ für notwendig gehalten wurde. Allein in Moskau bestehen
390 Kommunalschulen, und nicht weniger als 210 Kindergärten hat
diese Stadt aufzuweisen, die von etwa 6000 Arbeiterkindern besucht
werden. Ursprünglich brauchte in Sowjetrußland niemand für den
Unterricht der Kinder Schulgeld zu bezahlen, allmählich führte man
es jedoch wieder für die nichtproletarische Bevölkerung ein. Jetzt
ist man wieder so weit, daß alle Bevölkerungsschichten Schulgeld be-
zahlen müssen und zwar ein recht hohes. Das Schulgeld soll sich nach
dem Einkommen des Vaters richten.

Die Universität Wollenstein als Krüppelanstalt. Die Universi-
tät in Altdorf bei Nürnberg, an der Wollenstein studiert hat, ist
1810, als Nürnberg an Bayern fiel, aufgehoben worden. Hundert
Jahre drien die Gebäude als Lehrerbildungsanstalt. Jedoch 1924
wurde wegen Abbau der Lechträfte die Anstalt geschlossen. Nun hat
der evargetische Landesverein für Innere Mission die Gebäude über-
nommen und eröffnet in der einst berühmten Universität eine
Krüppelanstalt.

Die Lebensdauer des menschlichen Haars. Einige interessante
Zahlen über das Alter menschlicher Haare werden in der „Am-
schau“ mitgeteilt. Pinus beobachtete das Wachstum mehrerer Haare
an der Brust. Die Lebensdauer von 16 Haaren, die im Frühjahr
entstanden, betrug durchschnittlich 210 Tage, während 7 im Herbst
entstandene Haare nur ein durchschnittliches Alter von 180 Tagen
erreichten. Die Sommerhaare hatten mit 45 Millimeter eine größere
Länge als die Winterhaare mit 38 Millimeter. Ein auf einem
Muttermal vorhandenes Haar wurde sieben Jahre beobachtet. Im
Sommer wuchs es durchschnittlich 140 Tage, im Winter 124 Tage.

Altabends „Kreideweis“ ist eine Nachbildung, keine Originalschöpfung.
Es mag das nachträglich erwähnt werden, da infolge einer notwendigen
Särgung diese Bemerkung im Referat wegließ.

Die Eröffnung der Kinder-Konferenz in der Staatsbücherei in
Bogenwart geladener Gäste findet am 24. mittags 12 Uhr statt. Die
Konferenz ist vom 25. ab für Besucher von 10—3 Uhr geöffnet.

Arbeitsgemeinschaft für praktische Psychologie. Am Freitag, dem 23.
abends 7 1/2 Uhr, tritt im Anstalt für praktische Psychologie, Anstalt
damit 45, Frau Dr. Feder über „Schaubild in der Jugend-
Literatur“. Daran anschließend findet Diskussion statt.

Moskaus erstes Krematorium. Der Bau eines Krematoriums auf dem
Gelände des Friedhofes beim Don-Hofler ist endgültig beschlossen worden
und Moskau erhält damit sein erstes Krematorium. Die ganze innere Ein-
richtung wird in Deutschland bestellt.

Gesundheitspolitik



sowie den höheren Lehrlingsklassen, denn es geht nicht an, daß, wie noch heute, 3000 Schulkinder von einem Arzt im Nebenamt betreut werden. Ganz selbstverständlich ist auch das Verlangen, daß der untersuchende Schularzt zu gleicher Zeit auch der behandelnde Arzt ist; dies ist dringend notwendig, da die sorgfältige Entlohnung der breiten Massen es diesen unmöglich macht, für ihre Kinder, die, da sie noch nicht selbst verdienen können, der einzelnen Familie ein unproduktiver Ballast sind, auch noch die teuren Kosten eines Privatarztes zu bezahlen. — Besonders Augenmerk ist den städtischen Krankenhäusern und Irrenanstalten zu widmen. Es ist im Interesse der Volksgesundheit zu fordern, daß die erorbitant hohen Verpflegungssätze baldigst abgebaut werden. Denn je höher die Krankenhauskosten, desto weniger können unbemittelte Nichtversicherter bei schweren Erkrankungen die Krankenhäuser aufsuchen und werden dadurch infolge der schlechten Wohnungsverhältnisse eine frühzeitige Beute des Todes. Die zu hohen Kosten treffen besonders hart die Familienangehörigen der Versicherten, da diesen infolge der allgemeinen Teuerung von den Kassen nur knapp die Hälfte der Krankenhauskosten ersetzt werden können, und deshalb viele Schwerkrante nicht der Wohlthat unserer modernen eingerichteten Krankenhäuser teilhaftig werden. Aus den gleichen Gründen ist das Verlangen der Rechtsparteien abzulehnen, wonach die Krankenkassen und anderen Versicherungsträger die vollen Verpflegungssätze zu entrichten hätten, da die Krankenkassen mehr als 50 Proz. aller städtischen Betten ständig belegen und durch die vereinfachte Abrechnung mit den Kassen für die Stadt die hohen Zinsverluste vermieden werden, die ihr bei den Selbstzahlern heute entstehen. Würden aber die Krankenkassen nach dem Vorschlag der Rechtsparteien gezwungen werden, von ihrem Recht auf Ablehnung der Krankenhauskosten Gebrauch zu machen, so müßte das städtische Wohlfahrtsamt für die Krankenpatienten einspringen und die dadurch entstandenen Kosten wären weit größer als der Nachschuß, der den Krankenkassen gewährt wird.

Musterbetriebe.

Städtische Betriebe sollen Musterbetriebe sein; deshalb ist eine obligatorische Ausbildung des Pflegepersonals in die Wege zu leiten und eine Entlohnung herbeizuführen, die der Verantwortung und Schwere des Dienstes entspricht. Andererseits muß aber die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion bestreben, offensichtlichen Mängeln und Verstößen leitender Kräfte bzw. Direktoren an städtischen Krankenhäusern und besonders Irrenanstalten hinsichtlich der Bezahlung freiverwerbender Assistenzstellen entgegenzutreten. Es darf nicht mehr vorkommen, daß der Direktor einer Berliner Irrenanstalt nur deshalb einen Herrn als Assistenzarzt anstellt, weil er ein ehemaliger Offizier ist. Um unsere ganze Gesundheitspolitik auf möglichst rationelle Weise zu betreiben, muß der Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, eine Arbeitsgemeinschaft zwischen der Stadt, den Krankenkassen, Berufsvereinigungen, der Landesversicherungsanstalt und den Charitativvereinen zu bilden, in möglichst kurzer Zeit in die Tat umgesetzt werden. Denn durch diese Arbeitsgemeinschaft wird viele Leerlaufarbeit durch das Neben- und Gegeneinanderarbeiten der einzelnen Institutionen vermieden.

Nur eine starke sozialdemokratische Fraktion bietet also der Bevölkerung Groß-Veritas die Gewähr für volle Wahrnehmung ihrer materiellen und sozialen Interessen. Nur ein Sieg der Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen kann auf dem Gebiete des Gesundheitswesens einen der Allgemeinheit fühlbaren Aufstieg und Fortschritt bringen. Dr. Robert Katz.

Nationale Heerschau.

Schwarzweihrotes Meeting im Clou. Schon in der Vorhalle sah's seltsam aus. Martialische Gestalten in dunkler Phantasielust, Totenschädelgehenden an jämmerlichen belebten Körperstellen, lämmelten unbehilflich durch die Atmosphäre. Das ganze Gesehene war in ständiger Bewegung; hysterische Frauen, an den Methoden der so populär gewordenen rhythmischen Gymnastik geschult, ließen irgendwo als Nichtfamilienmitglieder Verdächtigen schwarzweihrote Papierfächer vor der nicht einwandfreien Nase flattern. Das deutsche Tonkünstlerorchester sorgte für musikalischen Kadav, nach Beethovens Gemant-Duettüre und Liszts „Les Preludes“ kam der Fahneneinmarsch der deutschnationalen Heerscharen unter „Preußens Gloria“ von Piefke. Piefke hatte augenscheinlich Beethoven und Liszt mit Elan aus dem Feld geschlagen, denn als ein militärisch geübtes Organ mit knatternder Kommandostimme ditierte: „Stillgestanden! Achtung! Das Gewehr über!“ Hei, wie salutierte sie ihre schwarzweihroten Rottentlicher. Wie das Potsdamer Familienpublikum aufsprang und mit allen Extremitäten den Kommilitaten schlug. Da marschierten sie ihre 100 Schritt durch den Saal, siebzehnjährige, achtzehnjährige unreife Bengels mit dem Fanatismus angeheuerer Loschlagsoprinten im Gesicht, den Bauch regellos besat mit irgendwelcher Kinkerei, dazwischen ältere Semester mit den Schmißkältern des deutschen Korpsstudententums. Dann gab es Ansprachen. Der korpuslente Basserrens (die nationale Erfüllungsepoche schelm ihm zu bekommen) sagte etwas von sehr schweren deutschnationalen Locarno-Sorgen. Da schrien sie wild: Sehr richtig. Aber, aber... und dann kam eine mickrige deutschnationale Verteidigungsrede. Viele seien enttäuscht (Sehr richtig!), aber sehr, unsere Männer haben das Mögliche geschafft. Die furchtbare Revolution (Heil, Heil und Juden, Juden!) muß endgültig gestrichen werden. Wählt Sonntag deutschnational. Dazu ersehen wir des Allmächtigen Hilfe. Schluß unter dem Motto: „An Gottes Segen ist alles gelegen.“ Herr Steinboff, der zweite Redner, wurde viel energischer und sagte demonstrativ unter deutscher Wendung gegen Basserrens, daß für ihn der Vakt rundheraus unannehmbar sei. (Eilürmische Zustimmung, irgend jemand bellt aus einer Ecke: der galizische Jude Stresemann.) Dann kam eine „deutsche Frau“, die die Wohl des Feldmarschalls zum Präsidenten als Verdienst der Strickmestergeliden nicht mit Unrecht in Anspruch nahm. Als liebliches Finale präsentierte sich eine dicke Gestalt, die so begann: „Ich als deutscher Arbeiter...“ (Heil! Bravo!) Dann sangen sie ein vierstrophiges Deutschlandlied. „Und im Unglück nun erst recht...“ Der Abgang war nicht minder föhlich. Die uniformierte Fastnachtsvereinsgung verließ mit wehenden Reichentüchern den „Clou“ im Stachschritt unter — Beethovenschen Klängen. Das war tatsächlich der Clou! Nach einem Viertelstündchen Deutsches Tonkünstlerorchester vertiefen sich die 600 Männchens und Weibchens, und die Wasterade dieser Schmierentheatralker zerfiel, wo sie herkam, ins Nichts.

Gerade auf dem Gebiete der Gesundheitspolitik tritt besonders kraß der Unterschied zwischen dem sozialistischen und dem bürgerlichen Denken hervor. Die Wohlfahrtspläne, aus der sich unsere heutige Gesundheitspolitik ableitet, ist ein Produkt der Kirche. Der eigentliche Zweck des Wohltuns bzw. Heilens war ursprünglich die Möglichkeit für den Pflegenden, dadurch der Gnade und Barmherzigkeit des Himmels teilhaftig zu werden. Wenn wir uns diese Herkunft der Wohlfahrts- und Gesundheitspflege vor Augen halten, ist unsere sozialistische Einstellung zu diesen Fragen absolut klar und eindeutig. Wir Sozialisten betrachten die gesamte Sozialpolitik nur im Interesse des Volksganges und sie darf deshalb kein Objekt freier bürgerlicher Liebes- und Willkür sein, sondern alle Staatsbürger haben ein Anrecht an die Volksgesundheit, auf Unterstützung und Pflege in der Not.

Das Hauptgewicht unserer Gesundheitspolitik muß auf der vorbeugenden Fürsorge liegen. Denn Vorfragen ist leichter und für die Allgemeinheit wichtiger als Heilen. Die moderne Fürsorge betrachtet die Kranken nicht, losgelöst von ihrer Umwelt. Im Mittelpunkt unserer gegenwärtigen Aufgaben stehen deshalb die Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, die Tuberkulosebekämpfung, die Schulgesundheitspflege und das Krankenhauswesen.

Die Kleinkinderfürsorge.

Anderns wird von den Vereinen und Ragniehem des glorreichen Stahlhades über unseren Geburtenrückgang geklagt. So wurde schon im letzten Jahre in einigen Großstädten, vor allem in Berlin die Zahl der Geborenen von der Ziffer der Gestorbenen übertroffen. Berlin hatte 1913 auf 1000 Einwohner 19,6 Geburten, 1923 nur noch 9,6. Im gleichen Zeitraum hatten die anderen Weltstädte New York 21,8, London 20,6 und Paris 16,1 Neugeborene auf 1000 der Bevölkerung. Während im Reich die allgemeine Säuglingssterblichkeit zurückgegangen ist, haben wir in Berlin eine Steigerung von 13,7 auf 14,2 Proz. Am tristen tritt aber das Verhältnis zwischen sozialer Lage und Säuglingssterblichkeit beim Vergleich der Bezirke Neukölln und Wilmersdorf hervor. Im ersteren betrug bei einem allgemeinen Durchschnitt von 14,2 Proz. die Sterblichkeit 15 Proz., im wohlhabenden Wilmersdorf dagegen nur 6,4 Proz. Noch ungünstiger aber würde dieser Vergleich für das Proletariat ausfallen, wenn man eine Auszählung nach dem Einkommen der Eltern vornehmen würde; denn dann würde es sich herausstellen, daß auch in dem reichen Wilmersdorf die in den Hinterhäusern und Hinterwohnungen hausenden Proletarier die meisten Säuglingsopfer zu beklagen haben. Eine Hauptursache der Säuglingssterblichkeit bildet das Unvermögen der Frauen wegen allgemeiner Erschöpfung, ihre Neugeborenen selbst zu stillen, und dann der Zwang der Frau, nach einer Entbindung möglichst bald die unterbrochene Arbeit wieder aufzunehmen. Befördert wird dieser Zustand noch durch das völlig unzureichende Entgelt, das jetzt die bürgerliche Rechtsregierung noch abzubauen bestrebt ist.

Allgemeine Gesundheitspflege.

Das zweite Gebiet ist die Tuberkulosebekämpfung. Hier muß in erster Linie einmal eine zentrale Organisation geschaffen werden; denn in der Tuberkulosebekämpfung sind zurzeit wohllos städtische, städtische und charitative Einrichtungen tätig und es hat sich schon öfter ereignet, daß ein bewilligter Antrag auf Heilstättenbehandlung nur noch einem gestorbenen Tuberkulösen ins Grab mitgegeben werden konnte. Wir müssen für eine Weltstadt wie Berlin Krankenhäuser für Tuberkulose fordern, und es muß in absehbarer Zeit die Möglichkeit bestehen, alle Offentuberkulose, auch wenn keine unmittelbare Lebensgefahr für sie besteht, zum Schutze ihrer Umgebung in geeignete Spezialanstalten unterzubringen. In engstem Zusammenhang mit der Tuberkulosebekämpfung steht die Schulgesundheitspflege, da bei einer planmäßigen Untersuchung der Schulkinder viele schon infizierte Kinder rechtzeitig entdeckt und einem geordneten Heilverfahren unterzogen werden können. Wie dringend notwendig die Schulärzte sind, lehren uns einige Zahlen: Nach dem letzten Bericht sind von 25 000 Schulanfängern 1500 wegen ungenügenden Kräftezustandes, wegen Stomatitis und Tuberkulose zurückgestellt worden. Von 200 000 Berliner Schulkindern standen dauernd 9000 unter ärztlicher Überwachung. Zu einer fortlaufenden Kontrolle der Jugendlichen bedarf es auch dringend der Schulärzte in hauptamtlicher Eigenschaft an den Fortbildungs- und Mittelschulen,

Fraueninteressen an der Gemeindevwahl.

Frauen, in unserer Hand liegt der Sieg der Sozialdemokratie am 25. Oktober! Wir stellen die größte Zahl der Wähler. Hatten wir in Deutschland schon im Jahre 1914 einen Frauenüberschuß von fünf Millionen, so ist derselbe auf fünfzehn Millionen angewachsen. Suchen wir unsere Macht zu nützen.

Jede Frage des Gemeindelebens ist brennend wichtig für uns. Greifen wir nur einige heraus. In der schweren Zeit der Preiserhöhung für jegliche Bedarfsartikel durch die Zölle wird es wichtig sein, daß die Stadt durch eigenen Verkauf regulierend auf den Lebensmittelmarkt einwirkt, um so wenigstens der Masse die notwendigsten Nahrungsmittel zu erschwinglichen Preisen zugänglich zu machen. Vor dem Hunger und der Verelendung müssen wir sie schützen, um nicht der Wohlfahrt neue Pfinglinge zuzuführen.

Denn schon durch die Lasten der Reparation, die durch die bürgerliche Mehrheit des Reichstags zum größten Teile auf die Schultern der Besitzlosen abgewälzt wurden, verfallen immer weitere Kreise der Bürgerschaft der öffentlichen Versorgung. Sie notdürftig zu erhalten, wird eine schwere Aufgabe der nächsten Zeit sein. Unsere Älten wissen bei der Wohnungsnot nicht wohin. Sie werden in noch größerer Zahl als bisher auf die Unterbringung in Heimen angewiesen sein. Wir werden ihnen Unterkunft schaffen müssen.

Unsere Jugend ist gefährdeter denn je. Die Statistik der Schulärzte zeigt, wie viele Abschlüssen nicht mit sechs Jahren in die Schule aufgenommen werden können, weil sie unterernährt und gesundheitlich gefährdet sind. Eine gut ausgebaute Erholungsfürsorge muß hier Abhilfe schaffen. Wie die Not steigt, sehen wir aus dem Anwachsen der Neuaufnahmen in den Waisenhäusern. Die Kinder werden in sehr elendem Zustande, schlecht bekleidet, eingeliefert.

Die Zahl der Krippen, Kindergärten und Horter muß vermehrt werden, müßten doch im letzten Winter 40 Proz. der Aufnahmefuchenden abgewiesen werden. Und es handelt sich fast durchweg um Kinder, die versorgt werden müssen. 80 Proz. der Mütter gehen auf Arbeit. Das bedeutet, die Kinder sind sich selbst überlassen. Die Straße ist ihre Erzieherin. Was hier an vorbeugender Fürsorge gespart wird, muß später doppelt und dreifach für Kranken-, Siedehäuser und Gefängnisse ausgegeben werden.

Wie sollten wir Frauen nicht helfen wollen, die Gesundheitspflege zu vervollkommen! Es gilt, die Versorgung der werdenden Mütter sicherzustellen und die Plätze für Wöchnerinnen in Krankenhäusern zu vermehren. Die Betreuung der Schwangeren sowie die Säuglingsfürsorge erfordert unser besonderes Interesse.

Wir müssen Menschenökonomie treiben! Der Krieg hat uns zwei Millionen der kräftigsten Männer geraubt. Dazu kommt noch eine Million Tote der Zivilbevölkerung. Unserem Vaterlande sind die Menschen das höchste Gut. Suchen wir uns dieses zu erhalten. Man spricht soviel von der Heiligkeit der Mutterschaft. In den Jahren 1890 bis 1912 sind 17 Millionen Kinder im ersten Lebensjahre gestorben. Machen wir uns klar, wie unendlich viel Schmerzen und Räte der Mütter in dieser furchtbaren Zahl liegen. Die Zahl der Geburten ist stark zurückgegangen. Eine gute Fürsorge muß versuchen, jedes lebensfähige Kind zu erhalten. Wir werden danach streben, unseren heranwachsenden Mädchen in der Schule die nötigen Kenntnisse in der Säuglingsfürsorge zu übermitteln.

Der Reichsschulgesetzentwurf zeigt uns, welchen Weg die Reaktion einschlagen will. Die wenigen modernen Ansätze im Unterricht sollen beseitigt werden. Es ist von großer Bedeutung, was für ein Mann die Berliner Schulverwaltung leiten wird. Lächerlich wäre der Glaube, daß bei einer bürgerlichen Mehrheit sachliche Gründe bei seiner Wahl den Ausschlag geben würden.

Eines der wichtigsten Probleme ist die Wohnungsfrage. Die städtische Verwaltung wird sich für die Beschaffung von Wohnungen stärker als bisher einsetzen müssen. Welche Schäden in gesundheitlicher Beziehung durch Überbelegung der Räume gezeitigt werden, liegt auf der Hand. Die großen Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose werden zum Teil verschleudert, weil die wieder gebesserten Patienten wieder in die unzulänglichen Wohnungen entlassen werden, wo sie nur zu häufig das Bett mit Verwandten teilen müssen, diese und sich selbst wieder in Gefahr bringen.

Die Geschlechtskrankheiten greifen in erschreckender Weise um sich. Trotz aller Aufklärung und bestem Willen der Bevölkerung kommen wir hier zu keinem Resultat, wenn Kranke und Gefunde das Bett teilen. Es ist in der Bevölkerung auch viel zu wenig bekannt, welche sittlichen Gefahren die Wohnungsnot in sich birgt. Das Zusammenhauen verschiedener Generationen in einem Raume läßt die Kinder Einbild nehmen in Vorgänge, die ihnen besser noch auf Jahre fremd bleiben. Wie häufig kommt es vor, daß Kinder von eigenen Angehörigen mißbraucht werden.

Die Wahl gibt auch Gelegenheit zur Abrechnung auf politischem Gebiet. Ist es doch die erste nach der Reichspräsidentenwahl. Was wurde nicht alles der Bevölkerung von den nationalen Parteien versprochen. Wir erinnern nur an den Aufwertungsschwindel. Nichts als leere Phrasen. Das einzig „Positive“ ist der Zolltarif mit seinen furchtbaren Auswirkungen für das Volk. Der „Messias“ ist da — doch keine Volkshaft ging nicht in Erfüllung!

Drängen wir die Reaktionen aller Schattierungen auf den Platz zurück, der ihnen zukommt. Zeigen wir Frauen, daß wir politisch reif sind!

Klara Wehl.

Wieder ein Dachstuhlbrand. Am Donnerstag vormittag um 7 Uhr wurde die Wilmersdorfer Feuerwehr zum zweiten Male innerhalb 14 Tagen nach dem Hohenzollerndamm 111 in Schmargendorf alarmiert. Damals brannte ein Teil des Dachstubs. Die Kriminalpolizei nahm damals mehrere Personen, die sich verdächtig gemacht hatten, fest, mußte sie aber wieder entlassen. Als die Feuerwehr erschien, hatten die Hausbewohner schon Lösungsversuche unternommen. Der Feuerwehr gelang es, die Flammen, die bereits die Dachkonstruktion ergriffen hatten, mit einer Schlauchleitung zu löschen.

Rettung aus See.

Cuxhaven, 22. Oktober. (B.Z.) Der Fischdampfer „Loux“ landete heute früh die aus sechs Mann bestehende Besatzung des Zweimasterjehners „Bordelaise“ aus Bordenau, den der Fischdampfer in stinkendem Zustande in der Nordsee angetroffen hatte. Die Bordelaise war mit Kohlen nach Kiel unterwegs.

Sonnabend, 24. Oktober, letzte Flugblattverbreitung in allen Abteilungen Groß-Berlins

Es ist Ehrenpflicht aller Mitglieder, hierbei mitzuwirken. Ebenso an den anderen wichtigen Propagandaaufgaben der letzten Tage. Keiner bleibe zurück!

